

**Mitte Altona
Live-Protokoll des Bürgerforums
vom 06.07.2012**

Alle Informationen und Dokumente zum Verfahren sind auf der Internetseite des Projektes abrufbar:
www.hamburg.de/mitte-altona

Dokumentation

Politik- und Unternehmensberatung Markus Birzer
Missundestraße 14
22769 Hamburg
markus.birzer@web.de

Bürgerforum Mitte Altona
Live-Protokoll vom 06.07.2012

Moderation: Frau Prof. Dr. Gesa Birnkraut
Protokoll: Markus Birzer, Vicky Bousdougou

Herr Walter

Herr Walter hofft, dass noch mehr Menschen an diesem Abend dazukommen. Er begrüßt diejenigen, die den Prozess schon lange begleiten, vor allem das Koordinierungsgremium sowie andere Personen.
Er übergibt an Frau Birnkraut.

Frau Birnkraut

Frau Birnkraut begrüßt die Anwesenden. Sie weist darauf hin, dass es eine zweigeteilte Veranstaltung gibt. Die erste Stunde bestreite das Koordinierungsgremium (KG). Sie gestalten das alleine und moderieren alleine. Im zweiten Abschnitt sagt Herr Gerdemann etwas zum Stand der Planungen. Dann geht es um das Thema Information und Beteiligung. Es werde eine Themenabfrage geben. Das Live-Protokoll wird von Herrn Birzer und Frau Bousdougou gemacht. Sie übergibt an Herrn Schupp.

Herr Schupp

Herr Schupp begrüßt und hatte gehofft, dass mehr Menschen gekommen wären. Das KG sei geschwächt durch Krankheit und andere Termine, aber er hofft, dass er alle Informationen vortragen könne.
Man habe Probleme, dem rasanten Tempo hinterherzukommen. Es sei oft Aufwand, an Informationen zu kommen.
Es gibt fünf Punkte, über die man berichten wolle:

- Das Bürgergutachten
- Kurzbericht über die VU-Veranstaltung
- Bericht über Prüfsteine, die das KG erarbeitet hat
- Ausblick in die Zukunft (Beteiligung, „Aktiv-Sommer“)
- Lärmfrage, wenn nur der erste Bauabschnitt realisiert werden kann (Alternativen)

Er übergibt an Gisela Reher.

Frau Reher

Frau Reher sagt, sie ist Mitglied im KG. Im Rechenschaftsbericht gebe es einen Überblick über die Aktivitäten des KGs.

Das Bürgergutachten sei verschickt. Acht Personen haben daran mitgewirkt. Am 13.5.2012 wurde es an die Bürgerschaftsabgeordneten verschickt. Es hat 38 Seiten und liegt am Tresen aus. Es wurde von der BSU vervielfältigt. Es sei eine schlichte Aufmachung, im Gegensatz zu den Veröffentlichung der BSU. Der Inhalt sei aber wichtig.
Man könne sich Exemplare mitnehmen.

Das Bürgergutachten untersucht die 569 Bürgerforderungen, inwieweit die in den Masterplan eingeflossen seien. Im Bürgergutachten sei den Abgeordneten empfohlen worden, den Masterplan nicht zu verabschieden. Zwei Tage später gab es eine Pressemitteilung des Senats, dass der Masterplan beschlossen sei und der Bürgerschaft zugeleitet worden sei. Man findet ihn nun in der Parlamentsdatenbank. Man habe sich angesehen, was sich verändert

habe im Gegensatz zum Entwurf der BSU. Es gebe einen Einleitungsteil, dann einen längeren Abschnitt über die Bürgerbeteiligung, in dem ausführlich das Beteiligungsverfahren dargestellt wird. Dann kommt der Masterplan als solcher. Es habe sich aber so gut wie nichts verändert. Es habe Verzögerung im Masterplanverfahren gegeben. Ursprünglich sollte er im März verabschiedet werden. Das KG dachte, dass der Grund sei, dass es Nachbesserungen gebe, aber dem war nicht so. Geändert wurden zwei Absätze im Bereich Verkehr. Zwei Absätze wurden weggelassen, an anderer Stelle ein Halbsatz ergänzt. Ansonsten sei alles gleich.

Über die Vorbereitende Untersuchung (VU) und die beabsichtigte Kostenübernahme soll gesondert berichtet werden. Sie fragt sich warum.

Es habe sie bestärkt, dass sie mit der Kritik richtig lagen. Die Empfehlung an die Bürgerschaftsabgeordneten, nicht zu verabschieden, sei richtig gewesen. Diese sollten solange die Zustimmung verweigern, bis die Bürgerforderungen eingearbeitet seien.

Herr Schupp übergibt an Herrn Bloem.

Herr Bloem

Herr Bloem sagt, er sei Stadtplaner und nicht Mitglied im KG.

Es gehe um den VU-Bericht. Er sollte im Sommer 2010 veröffentlicht werden, ist aber erst jetzt veröffentlicht worden. Er sei nicht einfach zu lesen. Am 29.5.2012 hatte das KG Gelegenheit zu Rückfragen.

Das Thema Lärm sei erheblich. Momentan hat sich die Bahn noch nicht entschieden, den Bahnhof zu verlagern. Das Lärmproblem ist zum Teil im VU beschrieben, aber es gibt keine zweite Variante. Es sei sinnvoll gewesen, wurde aber nicht gemacht, weil man davon ausgegangen war, dass die Bahn den Bahnhof verlagere. Was könne man machen, wenn der Lärm bleibe. Man könne einen Bolzplatz machen, wurde gesagt. Eine grundlegende Variante, den Lärm mit städtebaulichen Maßnahmen zu bearbeiten werde nicht intensiver beschrieben

Das zweite Thema war, wie sich die Maßnahme finanzieren lasse. Hier hatte man gehofft, dass die Bodenwertgewinne in der VU veröffentlicht werden. Dies sei nicht der Fall. Dies sei eigentlich Teil des Auftrages gewesen. Das Gutachten habe Anlagen, aber es seien noch nicht alle Anlagen veröffentlicht. Weder wie viele noch wann diese veröffentlicht werden, sei bekannt. Man habe in den zweieinhalb Stunden nur diese beiden Themen besprechen können. Weitere Themen habe man gesammelt:

- Verkehr; autoarmes Quartier
- Soziale Mischung (es fehlt eine Sozialanalyse; sehr einseitig in Richtung Investorenplanung)
- Frage des 2. Bauabschnittes

Dies müsste beim nächsten Termin besprochen werden.

Herr Schupp sagt, man habe es geschafft, ein Rederecht beim nächsten Stadtplanungsausschuss zu bekommen.

Herr Schupp übergibt an Ursula Kirschner.

Frau Kirschner

Sie habe sich gefragt, warum die beiden Bauabschnitte so dargestellt werden. Man behaupte, dass man den ersten ohne den zweiten Bauabschnitt machen könne. Dies sei aber nie Inhalt des Wettbewerbes gewesen. Im Auslobungstext steht dies nicht. Es musste nicht nachgewiesen werden, dass Bauabschnitt (BA) 1 funktioniert, wenn Bauabschnitt 2 nicht kommt.

Das Thema Abwendungsvereinbarung ist ein neues Thema. Damit habe man sich noch nie beschäftigt. Sie stellt die Frage, welchen Bauabschnitt dies betreffe.

Herr Walter sagt, dass die Abwendungsvereinbarung sich nur auf den ersten Bauabschnitt beziehen. Für den 2. BA wolle man eine Art Vorvereinbarung schließen.

Frau Kirschner sagt, man habe Prüfsteine entwickelt, als Hilfestellung.

Es sind die Punkte die auch im Bürgergutachten (BG) relevant waren.

Man sei an einem Punkt, an dem das KG die Punkte gesammelt habe. Man müsse dies in der KG-Sitzung diskutieren. Man wolle dies mit Bürgern in der Sitzung machen. Daher ergehe eine herzliche Einladung an die Bürger. Man wolle dies dann der Öffentlichkeit präsentieren.

Herr Schupp übergibt an Andrea Benkert.

Frau Benkert

Sie sagt, man habe schon viele Begriffe gehört. Es gibt viel, viel zu tun. Ein nächster wichtiger Termin ist der 14.8.2012, die Sitzung des Stadtplanungsausschusses der Bürgerschaft. Der Masterplan ist Top 1 dort. Das KG will Beitrag leisten.

Man wolle einen bunten ... Stadtteil kreieren. Das KG ist ein kleines Gremium für diesen großen Stadtteil. Man wolle die Unterstützung der Bürger. Der nächste Termin der KG-Sitzung ist der 14.6.2012, 19.00 Uhr im Infozentrum. Es gibt Ideen für einen Kreativ-Sommer.

Herr Schupp sagt, man habe sich erhofft, dass von anderer Seite Unterstützung komme. Dies sei aber nicht so. Daher danke er Herrn Bloem, dass er Vorschläge in seiner Freizeit macht. Herr Schupp übergibt erneut an Herrn Bloem.

Herr Bloem

Es gehe um den Bahnlärm, also die Fläche 1 (s. Präsentation in der Anlage). Man habe eine Fernbahnbrücke; davon gehe ein erhebliches Lärmproblem aus. Dazu gibt es im Internet ein Video („Quietschkurve“).

Er stellt das Lärmproblem dar. Wie geht der erste Bauabschnitt mit dem Lärmproblem um? Im Wettbewerb war das nicht gefordert. Man kann es Herrn Poitiers also nicht vorwerfen. Doch was macht man nun?

Der Wohnungsbau ist direkt dem Bahnlärm ausgesetzt. Man bekomme auch Lärm im Park und in der Schule. Diese drei Probleme könnte man lösen, indem man einen Gewerberiegel plant. Man schirmt damit den Lärm ab. Wenn man das durchrechnet, habe man 182 lärmbeeinträchtigte Wohnungen. 1.304 ohne Lärm seien es beim Poitiers-Entwurf. In meinem Entwurf werden das einige mehr. In dem Entwurf habe man den Park und die Schule ohne Lärm. 257 Gewerbebetriebe seien es im Poitiers-Entwurf, 460 bei seinem Entwurf.

Autoarmes Wohnen könnte ebenso gefördert werden. Das werde auch von den Bürgern gewünscht. Man könnte auch einen S-Bahn-Haltestelle einrichten. Die Gebäudehöhen wären auch nur 5,5 Geschosse, statt 8 im Poitiers-Entwurf. 204.000 BGF seien es bei Poitiers, 220.000 BGF in seinem Entwurf.

Man habe drei bis fünf Investoren zur Zeit. 150-200 Baugruppen könnten im anderen Entwurf entstehen. Es gibt eine Visualisierung. Dies ist der Vorschlag (s. Anhang)

Herr Schupp bedankt sich. Er eröffnet die Diskussion. Alle Informationen sind auf der Website der KG (www.kg-altona.de).

Frage aus dem Plenum

An welches Gewerbe ist beim Entwurf von Herrn Bloem gedacht. Bedeutet das auch mehr Autoverkehr?

Herr Bloem

Die Gruppe Lux & Konsorten habe sich beteiligt, an Gewerbe wie diese es machen, daran sei gedacht, also wohnungsnaher Versorgung, Kleingewerbe; das bedeute nicht starken Verkehr. Die Versorgung verläuft entlang der Gewerbekurve.

Beitrag aus dem Plenum

Er sei Mitglied der GAL-Fraktion. Er wolle etwas sagen zu den Termin am 14.8.2012; Das KG könne dort Stellung nehmen nach der Stellungnahme des Senates. Man könne aber nicht mit den Abgeordneten diskutieren. Auch auf weiteren Sitzungen werde es keine Beteiligung des KG geben. Das sei im Augenblick so. Das KG habe eine besondere Rolle und sollte bei weiteren Sitzungen Stellung beziehen.

Frage aus dem Plenum

Wenn ein Lärmschutz aus Gewerbe gebaut werde, was ist dann, wenn die Bahn doch umzieht? Dann habe man das Gewerbe dort.

Herr Bloem

Man habe auch den 2. und 3. Teil überplant. Die Grünfläche sei dann zerschnitten. Man könne aber auch einen Teil als Container machen. Seien Präferenz sei aber, eher solide zu bauen. Man hätte dann zwei Grünflächen. Man hätte zwei kleine statt eine große. Wie wissen nicht, wann die Bahn verlegt. Man hätte dann aber schon einen Park.

Frage aus dem Plenum

Warum kann das KG nicht bei Sitzungen des Stadtplanungsausschusses anwesend sein?

Antwort aus dem Plenum

Man habe das nur für die erste Sitzung beschlossen, dass das KG Stellung beziehen könne. Es sei dann zu detailliert, wurde gesagt. Das KG könne aber auch zu Details auskunftsfähig sein. Daher sollte geprüft werden, ob das KG nicht auch bei den anderen Sitzungen anwesend sein könnte.

Herr Prof. Gessenharter

stellt eine Frage zum Bürgergutachten. Auf Seite 3 stehe, dass das KG sich als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger verstehe. Da habe sich anscheinend ein Selbstverständnis eingebürgert, das er nicht verstehe; er wolle

wissen, wie man sich dies vorstelle. Nach seiner Meinung sei das KG eine wirkungsvolle Bürgerinitiative, die eine dezidierte Meinung in der Sache vertrete. Dann könne man aber nicht gleichzeitig Koordinator in diesem ganzen Verfahren sein. Denn dazu müsse man sich unparteiisch verhalten. Man könne doch nicht koordinieren in einer Sache, in der man Partei sei.

Herr Schupp

sagt, man sei ein gewähltes Gremium der Bürger. Dies sei in Bewegung. Man sei im Austausch mit den interessierten Bürgern. Man sehe sich schon in der Situation als gewählte Vertreter der Bürger.

Herr Prof. Gessenharter

fragt nach: Sind Sie die Vertreter der Bürger des Forums, der Bürger aus Altona oder gar aus ganz Hamburg?

Herr Schupp sagt, man sei Vertreter derer, die gewählt haben.

Anmerkung aus dem Plenum

Ein Teilnehmer sagt, dies sei in der Tat eine Frage der Repräsentativität. In dem Gremium befinden sich Bürger, die seit zwei Jahren in dem Prozess sind. Man sei eingeladen worden. Herr Gessenharter wolle von hinten die Legitimität des Gremiums untergraben. Man habe sich bei Altopia darauf geeinigt, dass man Planungsbürger sei. Man sei spät eingeladen worden. Man habe sich beraten lassen. Man habe sich eine Meinung gebildet. Die sei repräsentativ für diejenigen, die sich intensiv eingearbeitet hätten. Er fordere daher Herrn Gessenharter auf, die Frage der Repräsentativität nicht mehr zu stellen.

Frage aus dem Plenum

Zum Thema der zwei alternativen Planungen sei wichtig, zu begreifen, unter welchen Umständen die Planungen stattfinden könne. Wenn der Masterplan verabschiedet sei, sei es schwierig, in die Planungen einzuwirken. Welche Möglichkeiten gibt es noch? Es wirkt alles so, dass es schnell durchgegangen werde.

Herr Prof. Walter

Es ist so, dass wir einen zweijährigen Prozess hinter uns haben. Es ist richtig, dass er Planungsprozess insgesamt nun drei bis vier Jahre dauert.

Zu den Zahlen des alternativen Entwurfes wolle er nichts sagen. Man müsse sich die Zahlen angucken. Man muss beim Gewerberiegel prüfen, ob man nur für zwei Geschosse Lärmschutz wolle. Bei einem höheren Riegel stellt sich aber die Frage, wer baut den zu welchen Konditionen und kann Lux & Konsorten dann die Mieten noch bezahlen. Man habe schon ähnliche Situationen in Hamburg gehabt. In der Saarlandstraße gab es den Plan, dass man einen Lärmriegel baut. Man habe dort aber über Jahre keinen Investor gefunden. Irgendwann wurde mit einem großen Kraftakt Wohnbebauung realisiert. Man müsse die Konditionen prüfen und fragen, ob es realistisch ist.

Ein anderes fachliches Thema sei das Lärmproblem. Das ist seit fünf Jahren bekannt. Es war immer klar, dass es Lärmschutz geben muss. Im ersten und zweiten Bauabschnitt. Die Frage ist, wie kann man den Lärmschutz lösen. Es gibt aktiven und passiven Lärmschutz. Die Ausgangsbedingungen sind gar nicht so schlecht. Die Blöcke sind nach Süden und nach innen orientiert. Man bekommt eine gute Situation, wenn man sie durchgesteckt baut. Man muss den Lärmschutz nur an der Aussenkante realisieren. Schwierig werde es im Norden. Beim Gewerbe ändert sich nichts. Die Thematik, wenn es nie zu einer Verlagerung des Bahnhofs käme, wäre, dass ein Wohnblock, der

Park und die Schule betroffen wären. Man müsste dann die entsprechenden Lärmschutzmassnahmen verfügen.

Offen ist die Frage, wie man mit dem Park umgeht. Ich hätte nicht den Wunsch, einen Gewerberiegel zu bauen. Wir haben noch Zeit, das zu lösen. Es gibt dann mehrere Varianten. Wie sind die Szenarien, wenn es nicht zur Verlagerung kommt? Darüber müsse man dann diskutieren.

Frage aus dem Plenum

Wie lange besteht die Möglichkeit, über die zwei Alternativen zu diskutieren?

Herr Prof. Walter

Wenn die Bürgerschaft beschlossen habe, sei man daran gebunden. Die Bürgerschaft könne aber auch wieder anders entscheiden.

Herr Bloem

Man könne der Bürgerschaft auch zwei Varianten vorlegen. Bislang wurde nur eine vorgelegt. Es sei nicht schlimm, wenn man seine Planungen diskutiere. Die Möglichkeit einer Diskussion sei aber nicht gewollt. Er verstehe nicht, warum man an der jetzigen Variante festhalte. Die Probleme werden nun deutlich, daher müsse man sich jetzt darüber auseinandersetzen, ob man dies städtebaulich anders lösen könne.

Jetzt die Bürgerschaft beschließen zu lassen und dann ggf. vor Gericht zu verlieren, weil man Varianten nicht geprüft habe, das könne passieren.

Herr Prof. Walter

Er wolle nicht an der falschen Stelle streiten. Bis zur letzten Minute des Beschlusses könne man Varianten einbringen. Er habe nur fachliche Anmerkungen gemacht. Jeder Bürger und jeder Abgeordnete könne unterschiedliche Varianten prüfen. Man müsse prüfen, ob der Entwurf besser sei. Man habe über 10 Arbeiten im Wettbewerb diskutiert. Er habe auf einige Probleme im Plan von Herrn Bloem hingewiesen. Das Heil im Gewerberiegel zu suchen sei problematisch.

Herr Bloem

Man frage sich, wo fließt das ein, worüber sich die Bürgerinnen Gedanken machen. Der Masterplan sei nicht verändert worden. Die Probleme seien deutlich. Man habe darüber aber keine Diskussion geführt.

Frage aus dem Plenum

Herr Poitiers solle Stellung beziehen, warum er so gebaut hat und ob er anders gebaut hätte, wenn er gewusst hätte, dass der 2. BA nicht kommt. Man wolle die aufgetretenen Mängel mit Herrn Poitiers im KG diskutieren.

Herr Poitiers

Es gab eine Ausschreibung. Der 1. BA funktioniert ohne den 2. BA. Er hätte auch so geplant, wenn er nur für den 1. BA geplant hätte.

Kurze, heftige Diskussion zwischen Bürgern und Herrn Poitiers über die Wettbewerbsbedingungen.

Frage aus Plenum

Er habe eine Frage zur Verkehrsplanung. Die Harkortstraße soll verbreitert werden. Das steht im Masterplan. Das klappt doch alles gar nicht. Da läuft alles aus dem Ruder, da die Bahn nicht entscheidet.

Herr Poitiers

Die Bahn plane. Er versteht nicht, warum nicht massiv politisch Druck auf die Bahn gemacht werde. Mein Entwurf funktioniert so auch ohne 1. BA.

Herr Schupp sagt, dass es viele offene Fragen gibt, die man diskutieren müsse. Daher seien alle eingeladen, in die KG-Sitzungen zu kommen. Daher habe man auch das Moratorium gefordert.

Frage aus dem Publikum

Er wohne 100 Meter entfernt, ist Journalist und ist Mitglied bei Lux & Konsorten. Ich finde es schwierig, dass wenn man fachlich argumentiert, die Vorgaben aber politischer Natur seien. Die Entscheidungen seien längst getroffen. Das Gerichtsviertel hat zu 50% Genossenschaft- und Sozialwohnungen. Er erinnert sich daran, dass es im Wahlkampf die Ansage gab, dass es bezahlbaren Wohnraum gebe solle. Der Wohnungsbau sei aber prozyklisch, man könne die Wohnungen nicht bezahlen. Das sei auch im Moratorium gestanden. Es gebe die Order von oben, dass man den Zeitplan so durchziehen wolle. Die Bürgerbeteiligung sei daher eine Farce. Ich finde es tragisch, wenn wir uns aufreihen an den wichtigen Fragen, ohne zu fragen, wie wir es hinbekommen, einen antizyklischen Wohnungsbau zu machen. Das sei auch mit dem Plan von Poitiers machbar. Die SPD will aber zeigen, dass sie etwas für den Wohnungsbau machen. Das sei eine Imagepolitik.

Herr Schupp bedankte sich für die guten Anregungen und freut sich, wenn man sich im KG weiter treffe.

Frau Birnkraut übergibt an Herrn Gerdemann.

Herr Gerdemann

begrüßt die Anwesenden. Bei der Berichterstattung sei es noch nicht gelungen, deutlich zu machen, wo die Bürgerforderungen Eingang finden. Man wollte die Bürgerforderungen selbst durcharbeiten, das KG sei aber einen eigenständigen Weg gegangen und habe ein Bürgergutachten an die Bürgerschaft gegeben.

Er zeigt anhand von Folien (s. Anlage) den aktuellen und zukünftigen Planungsstand mit den verschiedenen Optionen.

Frage aus dem Plenum

Wo würde bezahlbarer Wohnraum hingehören?

Herr Gerdemann

Unser Ziel ist es, mit einer intensiveren Auseinandersetzung mit den Thema zum gegebenen Zeitpunkt Entscheidungen zu treffen.

Frage aus dem Plenum

Es wurde so dargestellt, als würde der Masterplan aus der einen Folie bestehen. Es gibt aber auch 30 Seiten Texte, die zum Masterplan gehören, die jetzt hier nicht erwähnt wurden.

Herr Gerdemann

Wie bekommt man z.B. ein Verständnis zum autoarmen Wohnen. Was bedeutet es für denjenigen, der dorthin zieht. Es geht darum, dass wir in einer gemeinsamen Diskussion zusammen zu einer Erkenntnis kommen.

Frage aus dem Plenum

Ich bin auch im KG. Wer kann mir jetzt eine Antwort zur Bahn geben, ob die jetzt weggeht, oder nicht. Wer ist dafür verantwortlich? Wieso kann man die Bahn nicht fragen, dass sie zeitnah eine Antwort gibt.

Herr Prof. Walter

Wir wissen es nicht genau. Das ist im Städtebau nicht ungewöhnlich. Die Bahn hat den grundsätzlichen Willen geäußert es zu machen. Der nächste Schritt ist, die Mittel in die Hand zu nehmen um die nächsten Schritte zu verwirklichen. Es hängt am Ende an den Bundesmitteln, die fließen. Es wird nicht nur zu diesem einem Thema mit der Bahn verhandelt. Es gibt auch für die Bahn Abhängigkeiten, die sie nicht beeinflussen kann. Es gibt Unsicherheiten, mit denen wir leben müssen. Es war von Anfang an klar, dass die Bahn ca. acht Jahre brauchen wird und hinterher hängen wird. Wir wussten, dass der 1. BA über viele Jahre allein dastehen wird. Es gibt für die Bahn gute Gründe den Bahnhof zu verlagern. Es gibt auch keinen Beschluss, dass der Bahnhof dort bleibt, wo er ist. Ich hoffe, dass die Bahn diesen Beschluss fassen wird, weiß aber selbst auch noch nicht, wann das passieren wird.

Frage aus dem Plenum

Ich glaube, dass die Masterplanung nicht der Realität standhalten wird. Ich glaube, man kann davon ausgehen, dass die Verlagerung mindestens 20 Jahre dauern wird. Zum Thema Verkehr: wie realistisch ist die Verkehrsplanung in Bezug auf die Harkortstrasse?

Herr Gerdemann

Es gibt Ausbaubedarfe. Es wird mehr Verkehr geben, wozu es Untersuchungen gab. Es kann auch Verkehrsbereiche geben, an den man eventuell noch etwas nachsteuern werden kann. Es muss eine Buslinie durch die Harkortstrasse geben.

Frau Kirschner

bezieht sich auf Prof. Walters Aussage. Die Realisierbarkeit der Baustufen muss überprüft werden. Warum hat man einen Wettbewerb ausgeschrieben mit einem 1. und 2. BA, wenn der 1.BA auch allein bestehen soll?

Herr Prof. Walter

Es ist ein gesamtstädtebauliches Projekt, welches lange dauert in der Umsetzung. Die verschiedenen BA sollen demnach auch alleine dastehen können. Wir werden trotz der Planung in den verschiedenen Richtungen Gleistrassen und auch die Stresemannstrasse haben. Das ist aber zwischen dem 1. und 2. BA anders. Wenn der Bahnhof verlegt wird, wird es auch keine Gleise mehr geben.

Es war von Anfang an klar, dass die Gleise zunächst bleiben, weswegen Brücken benötigt werden. Aber die Gleise im Westen wird es nicht mehr geben, wenn der Bahnhof verlegt wird. Zum Thema Bahnhof Diebsteich: die Überlegung, ob man das Gebiet, an dem die Post gelegen ist, anderweitig nutzen wird, hängt auch von der Verlagerung des Bahnhofs und den Plänen der Post ab.

Frage aus dem Plenum

Wir haben bis heute noch keine Rechnung vorgelegt bekommen. Die Bürgerschaft ist nicht vorinformiert und soll trotzdem darüber abstimmen. Außerdem komme ich noch auf die Bürgerforderung zurück. Es gibt noch keine Antwort zu dem Moratorium.

Frau Birnkraut bedankt sich an Herrn Gerdemann und übergibt an Herrn Birzer.

Herr Birzer

Er sei, zusammen mit Prof. Gessenharter gebeten im letzten Jahr gebeten worden, sich um die Beteiligung zu kümmern. Man habe dann zwei Veranstaltungen durchgeführt und angeregt, die Bürgerforderungen zusammenzustellen. Es gebe verschiedene Punkte in diesen Forderungen, die noch weiterer Diskussion bedürfen. Es stelle sich die Frage, was ist der konkrete Wunsch der Bürgerinnen?

Es gebe daher ein weiteres Beteiligungsangebot für den Herbst. Er wolle den Bürgerinnen und Bürgern aber nicht die Themen vorgeben. Es soll gemeinsam mit dem Plenum entschieden werden, welche Themen behandelt werden sollen. Man habe auf den Tafeln im Infozentrum verschiedene Themen zusammengetragen. Das seien Themen die aus den Bürgerforderungen stammen und die auch bereits mit der BSU abgestimmt worden sind. Die BSU habe konkret auch Fragen an die Bürgerinnen, wie das Ganze umgesetzt werden soll. Die seien nicht vollständig; sie müssten zum Teil konkretisiert werden. Es gehe eher darum, welche Themen für die Bürgerinnen und Bürger wichtig seien und auf welche man in weiteren Veranstaltungen weiter eingehen möchte. In der 2. Jahreshälfte werde es weitere Veranstaltungen geben, aber wie diese aussehen sollen, könne gemeinsam besprochen werden. Die Anwesenden bekämen jetzt 2 grüne Punkte für die Oberthemen, und 6 rote Punkte für die Unterthemen.

Frage

Ich bin ein wenig überfordert. Das braucht ein bisschen Vorbereitungen und ich bin jetzt auch ein wenig müde. Mein Vorschlag wäre, geben Sie uns eine Woche Zeit darüber nachzudenken.

Herr Birzer

Das ist kein Problem, das lässt sich machen und um eine Woche verlängern.

Herr Bloem

Die Fragen sind ja ganz gut, aber wenn man die ernst nimmt, dann muss man komplett neu anfangen mit der Masterplanung.

Herr Birzer

Herr Prof. Walter hat vorhin geäußert, die Bürgerschaft entscheidet, sie aber später auch anders entscheiden könne. Die Frage ist, ob man das ganz lässt, oder ob man mit in den Masterplan einwirken möchte.

Herr Gerdemann

Für ihn sei ein diskussionswürdiges Thema das autoarme Wohnen. Das ist z.B. ein Thema, welches unbedingt diskutiert werden muss, weil es ein wichtiges Thema ist.

Frage aus dem Plenum

Ich setze mich dafür ein, dass autoarmes Wohnen in Hamburg möglich ist. Wie können wir tatsächlich ein gutes Ergebnis kriegen, autoarmes Wohnen auch wirklich zu ermöglichen?

Herr Birzer

Ich würde mich freuen, wenn Sie ihr Stimmungsbild hier abgeben würden und bedanke mich.

Frau Birnkraut bedankt sich beim Plenum und wünscht einen schönen Sommer.

**[Anmerkung: Das Ergebnis des Stimmungsbildes ist als gesonderte Datei abrufbar:
Ergebnis_Themenabfrage.pdf]**



Auftraggeberin:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

sowie:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Landes- und Landschaftsplanung

Kontakt:

mitte-altona@steg-hamburg.de

19.06.2012